Kreisverband Würzburg-Stadt

Artikel vom 07.11.2023

CSU-Stadtratsfraktion

CSU-Stadtratsfraktion lehnt Umbau von intakten Straßen ab

Die CSU-Stadtratsfraktion lehnt die Umgestaltung der Einfahrt zum Stadtring Süd an der Kreuzung Ebertsklinge/Kantstraße aufgrund der extrem negativen Auswirkungen für den Stadtteil Frauenland und der Verbindungs-Tangente Stadtring Süd ab.

Daneben lehnen wir wegen des sehr angespannten Haushaltes der Stadt Würzburg, jede Umgestaltung von Straßen in gutem bis sehr gutem Zustand ab.

In der Stadtratssitzung am 28.09.2023 machte das Referat Tiefbau deutlich, dass bei circa 26 Prozent der vorhandenen Fahrbahnen im Stadtgebiet Handlungsbedarf besteht.

Hiervon sind 64 Kilometer der Straßen in einem so mangelhaften Zustand, dass der Schutz und die Sicherheit von Fußgängern und Fahrradfahrern nicht mehr garantiert werden kann.

„Da die finanziellen Mittel beschränkt sind, sollten wir uns zuerst um Straßen mit akutem Handlungsbedarf kümmern. Die Kreuzung Ebertsklinge/Kantstrasse wurde vom Referat Tiefbau und Verkehrswesen dabei nicht genannt" so der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Roth in der vergangenen Woche im PUMA.

An besagter Kreuzung soll der völlig intakte Knotenpunkt zur Ebertsklinge auf eine Fahrspur reduziert werden, um die Radverkehrsführung an der Ampel zu verbreitern. Die Kostenannahme für diese Umbaumaßnahme liegt bei circa. 150.000 Euro. Aufgrund der derzeitigen Baupreisschwankungen muss hierbei mit Preisaufschlägen von bis zu 40% gerechnet werden.

Bereits im Probebetrieb nahm der Rückstau von Verkehrsteilnehmern in die Schellingstraße und die Ebertsklinge massiv zu und führte zu einer starken Verlagerung des Verkehrsaufkommens in die Edelstraße. Autofahrer, welche die Kreuzung aus der Ebertsklinge ansteuern, haben bei nur einer Fahrspur kaum noch die Möglichkeit den Stadtring über die Kreuzung zu erreichen, da sie erst in die vorfahrtsberechtigte Schellingstraße einfahren dürfen, wenn sich der dortige Rückstau komplett aufgelöst hat.

Das Wegfallen der einen Abbiegespur soll gemäß der Stadtverwaltung durch eine längere Grünphase behoben werden. Dies würde dann allerdings auf dem Stadtring, welcher in den 70er Jahren als Verbindungs-Tangente des Würzburger Nordens und Südens konzipiert wurde, einen massiven Rückstau in beiden Fahrtrichtungen zur Konsequenz haben. Betroffen sind im Süden vor allem die Stadtteile Rottenbauer, Heuchelhof und Heidingsfeld für den Norden Versbach, die Lindleinsmühle und Lengfeld.

Bereits jetzt wird in aktuellen Navigationssystemen bei hohem Verkehrsaufkommen empfohlen Routen vom Heuchelhof aus durch die Stadt oder über die Mergentheimer Str./Dreikronenstraße zu nutzen, was zu einer Verlagerung des Verkehrs in weitaus schlechter ausgebaute Straßen oder gar in Wohngebiete führt. Das ist nicht zielführend.

„Die Sicherheit der Fahrradfahrer und der Fußgänger am Stadtring ist bereits jetzt durch die vorhandene Ampel gewährleistet. Es sind bislang keine Unfälle aus diesem Bereich bekannt.

Eine enorme Verschlechterung der bereits angespannten Verkehrssituation in Würzburg für die über 55.000 Autofahrer, die die Kreuzung täglich frequentieren sehen wir daher als einen unverhältnismäßigen Eingriff an.

Trotz längerer Grünphase im Probebetrieb konnte der Rückstau in die Schellingstraße nicht behoben werden" so Stadträtin Rena Schimmer. Aus ideologischen Gründen an dieser Stelle mit der Sicherheit der Radfahrer zu argumentieren, verunsichert die Menschen nur.

Für die CSU Stadtratsfraktion ist auch die Vermeidung von Staus des motorisierten Individualverkehrs ein Beitrag zur Luftreinhaltung. Die CSU-Fraktionsgeschäftsführerin Claudia Adam ergänzt: „Neben Ausgaben für funktionstüchtige Straßen lehnen wir ebenso die Verlagerung von Verkehr in Stadtgebiete und künstlich erzeugte Staus auf zentralen Verkehrsverbindungen ab."

Viele Bürger in unserer Stadt und dem Umland sind auch künftig auf das Auto angewiesen oder entscheiden sich bewusst sich mit dem Auto fortzubewegen.

Bürgermeisterin Judith Roth-Jörg äußerte Unverständnis darüber, dass Bürger in ihrem Mobilitätsverhalten zum Umstieg auf den ÖPNV oder das Fahrrad gedrängt werden. „Auch ich fahre mit dem eigenen E-Auto getankt mit ökologischem PV-Strom vom Garagendach ins Rathaus und werde dies auch weiterhin tun."